

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzender Gebieten. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzolamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 177.— bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 185.—, durch die Post bezogen monatlich Mk. 185.— mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfachkonto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64.** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsverhältnisse — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Veiierung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Grundzeile (Zm. Maße 14) oder deren Raum 25.— Mk., drückte Anzeigen 18.— Mk. Im Textteil (Zm. Maße 14) 60.— Mk. die 6spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — Ähnliche Anzeigen die 6spaltige Zeile 50.— Mk. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 268.

Freitag, den 17. November 1922.

77. Jahrgang.

Tageschau.

Der Reichspräsident besprach am Mittwoch mit dem Reichstagspräsidenten Brüder, sowie mit den Vorstehern der Fraktionen der sozialdemokratischen Partei, des Zentrums, der bayerischen Volkspartei und der Demokraten die Lage. Ein Auftrag zur Kabinettsbildung ist bisher nicht erteilt worden.

* Zentrum und Sozialdemokraten weigern sich, den Reichstagspräsidenten zu stellen. Die Deutsche Volkspartei tritt, falls die große Koalition nicht erreichbar ist, für ein Kabinetts der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ein.

* In Köln hat sich die Lage am Mittwoch verschärft, bezogen ist in Düsseldorf eine Entspannung eingetreten.

* Eine übermäßige Erhöhung des Frachttarifs wird vom Reichseisenbahnrat zum 1. Dezember angelehnt.

* Die Reparationskommission prüft zurzeit die Ergebnisse ihrer Berliner Reise und die verschiedenen Vorschläge der deutschen Regierung und der internationalen Sachverständigen. Am Freitag wird über die Herabsetzung der Holz- und Kohlenlieferungen beraten werden.

* Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser ausführliches an anderer Stelle.

Nach dem Rücktritt des Reichskabinetts.

Nachdem Dienstag abend Reichstagspräsident Dr. Brüder dem Reichspräsidenten mitgeteilt hat, das Reichskabinetts habe beschlossen, zurückzutreten, und nachdem der Reichspräsident die Demission angenommen hat, ist die schon lange über dem Deutschen Reich schwebende Regierungskrise akut geworden. Sollen die Gründe für diese Verschärfung der Lage in einem kurzen Satze zusammengefaßt werden, so liegen sie in dem Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion, sich an einer Koalitionsbildung, zu der die Deutsche Volkspartei gehören würde, nicht zu beteiligen. Der Rücktrittsbefehl des Reichstagspräsidenten ist demnach unmittelbar, nachdem Dr. Brüder von den Führern der Sozialdemokratie diese Erklärung erhalten hatte, erfolgt.

So sind die in den letzten Wochen in zahlreichen Regierung- und Führer-Konferenzen geplanten Konstruktionen zusammengebrochen. Man hatte gehofft, den Gedanken der großen Koalition zu verwirklichen dadurch, daß Persönlichkeiten, die der Deutschen Volkspartei nahestehen, ohne zu den Parlamentariern und Parteiführern zu gehören, in das Kabinetts hineingenommen würden. Mit dieser Halbtat aber wollte und konnte sich die Deutsche Volkspartei nicht begnügen. Sie verlangte vom Reichstagspräsidenten und den bisherigen Regierungsparteien die prinzipielle Erklärung, daß sie bereit seien, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten. Das war es, was von den Sozialdemokraten verweigert wurde. Diese Weigerung hatte noch einen besonderen Grund in der Entrüstung, mit der von der Sozialdemokratie die Rede des Volksparteilers Hugo Stinnes aufgenommen worden war, der in unabweisbarer Weise die Hebung der Produktion durch Verlängerung der Arbeitszeit gefordert hatte. Vielleicht wäre die Entrüstung der Sozialdemokratie geschwunden, wenn nicht in der Stabilisierungsnote, die gestern in Paris überreicht worden ist, der Satz enthalten wäre, Deutschland werde alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen ergreifen, um insbesondere durch eine Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion und damit zu einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen, und zu diesem Zwecke werde besonders eine Neuordnung des Arbeitswelt-Rechtes unter Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit und unter Auflassung gesetzlich begrenzter Ausnahmen zur Behebung der Notlage der deutschen Wirtschaft in die Wege geleitet werden. Obwohl einzelne Führer der Sozialdemokraten der Note, in der ein solcher Satz enthalten war, zugestimmt hatten, vielleicht in der Meinung, daß die in der Note enthaltene Erklärung von der Beteiligung der Reichsbank an einer Stabilisierungsaktion mit 500 Millionen Goldmark ihre Genossen verblenden würde, hat die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion dieser Politik des Reichstagspräsidenten Dr. Brüder nun ihre schroffe Abfolge erteilt.

Nicht von ungefähr ist es zu dieser Krise gekommen. Ihre Anfänge liegen in jenen Zeiten, als sich unter den Mehrheitssozialisten auf der einen und den Unabhängigen auf der anderen Seite das Bedürfnis des

Zusammenschlusses geltend machte. Die Mehrheitssozialdemokratie, die noch im vorigen Jahre auf dem Böhmer Parteitag programmatisch gutgeheißen hatte, schwankte, als sie in diesem Jahre auf dem Parteitag die Verschmelzung mit den Unabhängigen beschloß, von der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien entschieden ab. Denn sie selbst mußte, daß auf die Dauer ein Zusammengehen der Deutschen Volkspartei mit den Unabhängigen nicht möglich sein würde. Sie konnte sich auch darüber nicht täuschen, daß trotz ihrer geringen Zahl gerade die Unabhängigen in ihrer Fraktion, zumal in kritischen Stunden, eine radikalisierte Rolle spielen würden. Auf der anderen Seite hatten sich, sobald die Sozialdemokratie unzufrieden zu werden anfing, Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei zu einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft verbunden, um der zu befürchtenden Radikalisierung der Reichspolitik vorzubeugen.

Aus diesen Vorgängen hat sich die jetzige Krise entwickelt. Wir stehen heute inmitten eines Ringens der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie. Unter diesem Gesichtspunkt wäre die Lösung der Krise so zu suchen, daß der Reichspräsident, der nach Artikel 48 der Verfassung den Reichstagspräsidenten und die Reichsminister zu ernennen hat, zwischen Sozialdemokratie und Arbeitsgemeinschaft wählt. Aber nach Artikel 54 bedürfen der Reichstagspräsident und die Reichsminister zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstages, mit anderen Worten, sie müssen sich auf eine Reichstagsmehrheit stützen können. Zahlenmäßig hat keine der beiden jetzt miteinander ringenden Gruppen eine Mehrheit, denn von den 466 Mitgliedern des Reichstages sind nur 194, also nicht die Hälfte, Sozialdemokraten. Etwas mehr, nämlich 204 Stimmen, könnte die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft aufbringen und vielleicht auf die wohlwollende Resonanz der 66 Stimmen starken deutschnationalen Fraktion rechnen.

Welche der drei bürgerlichen Parteien soll nunmehr die eigentliche politische Führung ergreifen? fragt Dr. Schulze-Bischoff im „Tag“. Wir möchten wünschen, daß der Reichspräsident einen Vertreter der Deutschen Volkspartei mit der Kabinettsbildung betraut. Sie ist im bisherigen Verlauf der Krise die Siegerin geblieben. Durch ihren festen und festen Beschluß brach das alte Kabinetts zusammen. In Bündern mit parlamentarischer Erfahrung pflegt die Gruppe, die das alte Regime zur Flucht zwang, auch die Führung des neuen Sturzes zu übernehmen. Als Lloyd George kürzte, hat sich auch der Mann, der das Werk vollbrachte, in den Sattel geschwungen. Die Deutsche Volkspartei ist in der Lage, mit frischen unvorbehaltenen Kräften die Bürde der Verantwortung aufzunehmen. Eine Wiederholung der Regierung Hörsing muß unter allen Umständen vermieden werden, und auch die Volkspartei sollte mit neuen Persönlichkeiten aufwarten. Auch die Demokraten besitzen Politiker, die sich während der Zeit der Füllungsperiode als ernste, sachliche Warner betätigten und nun freie Bahn vorfinden, um zu zeigen, was sie können. Und im Zentrum lassen sich auch genug Politiker finden, die dem Wirtschaftskreislauf mit Mithergängen zusehen und bereit sind, einem Kabinetts der Entschlossenheit und der Ehrlichkeit noch innen und außen ihre Kraft zu leihen.

Berlin, 16. November. (Draht.) Über die Stellung der Fraktion der Deutschen Volkspartei, die Mittwoch vormittag zu einer Beratung zusammentrat, zur Kabinettsbildung teilt die „Zeit“ mit, daß in der Fraktion vorwiegend die Meinung vertreten wurde, daß ein Kabinetts der Arbeitsgemeinschaft wohl die glüklichste Lösung der Regierungskrise sei, da es die Möglichkeit biete, alle Kräfte einheitlich zusammenzufassen und einzusetzen. Diese Möglichkeit liege vor allen Dingen vor bei der Belegung der Ministerien des Auswärtigen, der Wirtschaft und der Finanzen. Unter diesen Umständen habe man auch die allergrößten Bedenken gegen eine etwaige Fortdauerung des bisherigen Reichswirtschaftsministers auf diesen Posten. Die Belegung dieses Ministeriums müsse ebenso wie die des Verkehrs- und Postministeriums in männliche Hände gelegt werden. Wie das Blatt weiter schreibt, scheint bei der zunächst beabsichtigten Bildung eines Kabinetts der Persönlichkeiten geplant zu sein, die in der letzten Reparationsnote niedergelegten Vorschläge als programmatische Grundzüge anzunehmen. Die „Kreuzzeitung“ stellt für den Fall der Bildung eines Kabinetts ohne Sozialdemokraten die Mitarbeit der Deutschnationalen in Aussicht.

Das Zentrum hat zur Lage Stellung genommen mit einer Erklärung, in der jede Initiative des Zentrums bei der Neubildung der Regierung abgelehnt wird. Außerdem wird in der Erklärung betont, daß die bisherige Politik Brüders auch jetzt noch vom Zentrum gebilligt werde. Der Wortlaut dieser Erklärung ist im folgenden wiedergegeben: „Das Zentrum lehnt jede Initiative des Zentrums bei der Neubildung der Regierung ab.“

über seine wirklichen Absichten noch nicht ganz klar zu sein scheint.

Berlin, 16. November. (Draht.) Die Lösung der Regierungskrise ist gestern nachmittag nicht gefördert worden. In den Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern erklärte der Abg. Marx laut „Voss. Ztg.“, daß das Zentrum nicht nur sich weigere, Vorschläge für die Nachfolgerschaft Dr. Brüders zu machen, sondern auch seinem parlamentarischen oder außerparlamentarischen Mitgliedern es gestatten würde, das neue Kabinetts zu bilden. Ebenso wie das Zentrum soll es, wie das Blatt schreibt, auch die Sozialdemokratie abgelehnt haben, den Reichstagspräsidenten zu stellen. Da die demokratische Fraktion als die kleinste der bürgerlichen Koalitionsparteien anscheinend nicht in Frage kommt, wird dem Blatt zufolge nach einer außerhalb des Reichstages und des Parteigetriebes stehenden Persönlichkeit Ausschau gehalten, die ein freies Kabinetts der Kräfte bilden soll. Der „Berl. Lokalanzeiger“ dagegen hält es für möglich, daß Dr. Brüder wiederkehrt und an die Spitze eines solchen Kabinetts treten werde. Der „Vorwärts“ betont die ernste Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie, wieder ihren Teil an den Lasten der Verantwortung zu tragen.

Das Mark-Stabilisierungsprogramm bleibt unberührt.

Wie von Berliner zuverlässiger Seite erklärt wird, berührt der Rücktritt der jetzigen Regierung in keiner Weise das in der Note vom 14. November 1922 an die Reparationskommission niedergelegte Stabilisierungsprogramm. Die Reichsregierung hat die Note erst überreichen lassen, nachdem sie mit den Führern der bisherigen Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei und der bayerischen Volkspartei eingehend erörtert war. Jede kommende Regierung, wie sie auch gestaltet sein möge, wird daher hinter diesem Programm stehen müssen.

Von der Reparationskommission.

Berlin, 15. November. (Draht.) Wie heute mitteilt, hat die Reparationskommission heute vormittag eine ausführliche der Regelung laufender Angelegenheiten von geringer Bedeutung gewidmete offizielle Sitzung abgehalten. Heute nachmittag und morgen finden offizielle Zusammenkünfte der ersten und zweiten Delegierten statt, bei denen die Ergebnisse der Berliner Reise, die verschiedenen Vorschläge der deutschen Regierung und der internationalen Sachverständigen, darunter auch diejenigen, die in der gestern von der Kriegslostenkommission überreichten Note enthalten sind, weitergeprüft werden sollen. Die übliche Freitagssitzung der Kommission wird hauptsächlich die Frage der Holz- und Kohlenlieferungen zum Gegenstand haben, deren Herabsetzung von der deutschen Regierung angefordert wurde.

Ein Antrag auf Einführung der gesetzlichen Wahlpflicht.

Berlin, 16. November. (Draht.) Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ ist dem Reichstag ein deutschnationaler Initiativentwurf zugegangen, der die Reichsregierung auffordert, ein Reichsgesetz vorzuschlagen, wonach Wahlberechtigte bei den Wahlen zum Reichstag und zu den Volksvertretungen der Länder ihr Stimmrecht auszuüben verpflichtet sind.

Neue Frachttariferhöhung notwendig.

Berlin, 15. November. (W. I. B.) Der Reichsverkehrsminister hat den ständigen Ausschuss des Reichseisenbahnrates auf heute vormittag einberufen, um über die Geldentwertung, die seit der letzten Tarifierhöhung vom 1. November eingetreten ist, für die Reichsbahn Bericht zu erstatten und sein Gutachten über die zur Erhaltung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben zu treffenden Maßnahmen einzuholen. In der mehrstündigen Beratung wurde die Wirtschaftspolitik der Reichsbahn, deren Ziel dahin ging, für die Aufrechterhaltung des Betriebes selbst erhebliche Opfer zu bringen, als richtig anerkannt und gebilligt. Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen: Der ständige Ausschuss des Reichseisenbahnrates nimmt zur Kenntnis, daß die seit dem 1. November eingetretene Steigerung der Löhne und Materialkosten, insbesondere der Brennstoffe, eine übermäßige Erhöhung des Frachttarifs notwendig erscheinen läßt. Er erwartet, daß diese Erhöhung sich in den engsten, durch die Verteuerung der Ausgaben unbedingt gebotenen Grenzen halten werde. Durch Mehrheitsbeschluß wurde ein Zusatz zu dieser Entscheidung beschlossen, der die Erhöhung der Frachttarife